

## **Wirtschaftspolitik**

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Wohlstand zu leben. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft. Seit Ludwig Erhard gilt der Grundsatz „Wohlstand für alle“.

Für uns bedeutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir halten Arbeit für alle für möglich und arbeiten für die Erreichung dieses Ziels. Dabei ist es entscheidend, dass sich Leistung lohnt und uns die Entlastung der Bürger grundsätzliches Anliegen bleibt, bei dem aber die Haushaltskonsolidierung Beachtung finden muss. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz und der zweiten Stufe der Steuerreform zur Abmilderung der „kalten Progression“, also der Steuererhöhungen durch die Hintertür, u. a. gab es zu Jahresbeginn 2010 eine Entlastung um rund 20 Mrd. Euro. Auch diese Maßnahme trug dazu bei, dass Deutschland vergleichsweise erfolgreich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist. Aufbauend auf diesen Erfolg will die christlich-liberale Koalition auch mit weiteren Weichenstellungen bei wichtigen Themen optimale Bedingungen für die wirtschaftlich stabile Lage Deutschlands schaffen. Dabei sind die zukünftigen Prioritäten bei folgenden Aspekten anzusetzen:

- Konsolidierung und Steuervereinfachung
- nachhaltiges Wachstum auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Krisenhilfen müssen endgültig auslaufen
- Schuldenbremse einhalten
- Bürokratieabbau fortsetzen
- Globale Regeln für nachhaltiges Wirtschaften
- nachhaltiger, sicherer und bezahlbarer Umstieg bei der Stromerzeugung und anderen Energien

Weiterhin erfordert die Generationengerechtigkeit, die Schulden des Staates zu begrenzen und mit Investitionen in Innovationen und Infrastruktur die Grundlagen für das Leben zukünftiger Generationen zu schaffen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wir

sehen ihn in der Pflicht, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu setzen, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

Die CDU-geführte Bundesregierung will den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu weltweiter Geltung verhelfen.

### *Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005*

Deutschland lag bis 2005 beim Wirtschaftswachstum in der EU nur allzu oft auf hinteren Plätzen. Nicht die Weltwirtschaft war Schuld, sondern dass zu lange die notwendigen Maßnahmen in Deutschland nicht angegangen wurden! Während die Weltwirtschaft rasant wuchs, trat Deutschland weitestgehend auf der Stelle. Bei Regierungsantritt Rot-Grün waren 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz und die Arbeitslosigkeit war geringer als im Durchschnitt der EU. Anfang 2005 waren 5,3 Millionen Menschen arbeitslos. Es gab in Deutschland einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahl – trotz eines weltweiten Wirtschaftsbooms – auf den höchsten Stand der Nachkriegsgeschichte.

### *Was wurde von der unionsgeführten Bundesregierung erreicht?*

Mit 3,6 Prozent gab es 2010 das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung und ist damit dreimal so stark wie im Durchschnitt der anderen EU- Länder. 2011 wird die deutsche Wirtschaft mit einem voraussichtlich Wachstum von über drei Prozent sogar wieder den Vorkrisenstand übertreffen.

Das „deutsche Jobwunder 2010“ – von dem gerade im Ausland anerkennend gesprochen wird – ist das Ergebnis des Engagements aber auch das des Verzichts vieler Menschen. Einen wesentlichen Erfolg stellt dabei die Zahl der Erwerbstätigen im dar, die den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreichte und sie steigt 2011 voraussichtlich weiter auf fast 41 Millionen. Es ist an dieser Stelle festzuhalten, dass es dabei keine Erosion der so genannten

„Normalarbeitsverhältnisse“ gibt. Ihre Zahl lag zuletzt, wie beispielsweise auch 1995 bei knapp 25 Millionen. Das „Jobwunder“ basiert also nicht darauf, dass unbefristete Vollzeitstellen verschwänden. Vielmehr sind zu diesen andere Arbeitsverhältnisse in größerem Ausmaß hinzugekommen.

Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie zuletzt 1992. Wir sind neben Luxemburg das einzige EU-Land, welches derzeit eine niedrigere Arbeitslosenquote hat als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Wir liegen derzeit 20 Prozent unter dem Wert von 2008, während die übrigen EU Länder fast 50 Prozent höher liegen als 2008. Gegenüber 2005 hat sich bei uns die Arbeitslosenquote fast halbiert, während sie in den anderen EU-Ländern um durchschnittlich 15 Prozent stieg. Wir lagen 2005 in der EU bei der Arbeitslosenquote auf dem drittschlechtesten und heute auf dem viertbesten Platz. Bei der Jugendarbeitslosigkeit sind wir heute sogar auf dem zweitbesten Platz. Insbesondere sind es also die jungen Menschen, die in unserem Land von der vergleichsweise günstigen Situation am Arbeitsmarkt profitieren. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland liegt mit unter acht Prozent weit unter dem europäischen Durchschnitt von über 20 Prozent

Der unionsgeführten Bundesregierung ist gelungen, durch die Entlastung, vor allem der mittelständischen Unternehmen von Bürokratie, neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. In ersten Überarbeitungen der Hartz IV Gesetze wurde der Leistungsmissbrauch eingeschränkt und die Anreize für Arbeit gestärkt.

Wichtige Schritte zu einer Neuorientierung der deutschen Finanzpolitik sind geglückt. Gute Wachstums- und Beschäftigungszahlen sind hilfreich bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, da sie für weniger Ausgaben auf dem Arbeitsmarkt und sich wieder stabilisierende Steuereinnahmen sorgen. So gilt auch im finanziellen Bereich, dass Deutschland die Krise vergleichsweise gut überstanden hat. 2011 wird die Neuverschuldung auf unter 3 Prozent fallen. Deutschland wird somit eines von voraussichtlich vier Euro-Ländern sein, die die Defizitgrenze wieder einhalten.

Der konsequent eingehaltene Konsolidierungskurs und eine erfolgreiche Finanzpolitik führten in Deutschland zu einem Sinken der Staatsquote. Generell bedeutet eine geringere Staatsquote verbesserte Wachstumschancen und damit bessere Chancen für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand. In Zeiten von Krisen kann eine kurzfristige und vorübergehende Ausweitung der Staatsquote als antizyklische – also gegen den Abschwung gerichtete Maßnahme – allerdings sinnvoll sein. Die auf den Weg gebrachte Schuldenbremse stellt einen elementaren Beitrag zur mittel- und langfristigen Haushaltskonsolidierung, Generationengerechtigkeit aber auch staatlicher Handlungsfähigkeit in Not- bzw. Ausnahmesituationen dar. So werden bei Naturkatastrophen und Krisen die Möglichkeiten der Verschuldung kurzfristig ausgeweitet, bei gleichzeitiger Verpflichtung, anschließend mit Hilfe eines Tilgungsplans auf den Konsolidierungspfad zurückzukehren.

Wir sind der Überzeugung, dass die unionsgeführte Bundesregierung auf dem richtigen Weg ist. Der Staat muss zudem den Menschen mehr Raum für Entfaltung und Eigenverantwortung einräumen und seine Funktion als gigantische Umverteilungsbürokratie einschränken. Vor allen Dingen müssen Arbeitskosten wettbewerbsfähig sein.

Die in Anfang 2008 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform senkte die Steuersätze für Körperschaften auf insgesamt unter 30 Prozent und verbessert damit die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in Deutschland. Zusätzlich haben wir im Bereich der Unternehmensbesteuerung weitere Verbesserungen erreicht. Es sind die Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. €, die Einführung einer Sanierungsklausel zum Erhalt von Verlustvorträgen bei Sanierungen und die Anhebung der Ist-Versteigerungsgrenze bei der Umsatzsteuer auf bundesweit 500.000 €. Hieraus ergab sich eine Entlastung der Wirtschaft um rd. 2,9 Mrd. €.

Wir stehen für eine Offensive für mehr Selbständigkeit, Existenzgründungen, Innovation und Stärkung des Mittelstandes. Unsere Gesellschaft muss von der bürokratischen Gängelung des Staates und vieler anderer Institutionen befreit werden. Dies kann gelingen, wenn Zuständigkeiten klar geregelt und dort angesiedelt sind, wo sie am wirkungsvollsten

wahrgenommen werden können! Mit der Föderalismusreform II ist hier ein weiterer wichtiger Schritt gemacht. Rechtsvorschriften des Bundes werden nunmehr auf ihre bürokratischen Auswirkungen geprüft, Bürokratiekosten werden nach Standard-Kostenmodellen ermittelt, Buchführungs- und Statistikpflichten werden reduziert. Ein wesentlicher Meilenstein auf diesem Weg sind die Mittelstandsentlastungsgesetze, durch die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen bürokratische Lasten zurückgefahren wurden. Insgesamt erfolgte bislang eine Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten in Höhe von über 7 Mrd. Euro jährlich.

Die Belastung des Faktors Arbeit durch die Lohnzusatzkosten konnte bei rund 40 Prozent stabilisiert werden. Auch die Anhebung der Mehrwertsteuer trug dazu bei, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf nunmehr 3 Prozent abzusenken. Dies macht Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger, was wiederum zu einer erhöhten Attraktivität für nationale sowie internationale Unternehmensinvestitionen führt, wovon letztlich auch die Arbeitsmarktsituation profitiert hat. Somit haben die Menschen in unserem Land insgesamt mehr selbst verdientes Geld in der Tasche – vor allen Dingen auch weil sie nunmehr in Arbeitsverhältnissen stehen und dort selbst verdienen oder in einigen Fällen zumindest hinzuverdienen können.

Für die Wirtschaftspolitik kommt es nun darauf an, die Weichen richtig zu stellen, um die sich entfaltenden Wachstumskräfte langfristig zu stärken und damit den Wohlstand von morgen zu sichern. Die staatlichen Maßnahmen zur Überwindung der Krise werden dazu im Rahmen der Ausstiegsstrategie der Bundesregierung sukzessiv beendet. Die darüber hinaus notwendige wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist in Angriff genommen.

Der Abbau des strukturellen Defizits ausgehend vom krisenbedingt sehr hohen Niveau 2010 bis zum Zielwert von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Bund in 2016 hat in einem festen Korridor von für jedes einzelne Haushaltsjahr strikter werdenden Obergrenzen zu erfolgen. Diese Einhaltung der jährlichen Obergrenzen ist eine Mindestanforderung – unser gemeinsamer Ehrgeiz sollte darüber hinausgehen.

Insgesamt geht es um die Begrenzung des Staatskonsums, die Kürzung von nicht mehr notwendigen Subventionen, die Erhöhung der Leistungsanreize und das Festhalten an der Priorität für Ausgaben in wichtigen Zukunftsfeldern wie etwa Bildung und Forschung.

Im Hinblick auf ein nachhaltigkeitsorientierte Wirtschaftspolitik, die an den Weltwirtschaftsboom vor der Krise anknüpft, sieht sich die CDU-geführte Bundesregierung in der Pflicht, in internationaler Zusammenarbeit weitere Maßnahmen bezüglich eines international stabilisierten Finanzmarktes und der Stabilisierung der hochverschuldeten Staaten im Euroraum – bei deren Mitwirkung - zu ergreifen.

#### *Weitere notwendige und teilweise umgesetzte Schritte*

Über die akuten Probleme hinaus brauchen wir weiter eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt, um Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit aber auch die Verfügbarkeit notwendiger Fachkräfte sicherzustellen. Deutschland braucht keine Neiddebatten. Vielmehr muss sich Leistung in Deutschland lohnen. Unsere Maxime lautete: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dabei muss dem Prinzip: „Wenn jemand arbeitet, muss er mehr Geld zur Verfügung haben, als wenn er nicht arbeitet“ noch stärker Gültigkeit verschafft werden.

Zusätzlich streben wir – bei entsprechendem finanziellem Spielraum –des Steuersystem unter dem Leitgedanken „einfach, niedrig, gerecht“ weiter zu entwickeln. Grundsätzlich sollen eine Vielzahl von Steuerbefreiungen, Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbeständen gestrichen oder eingeschränkt werden.

Es geht uns um u. a. darum, die schleichende Steuererhöhungen allein aufgrund des Tarifverlaufs („Kalte Progression“) abzumildern.

Wir haben eine krisenfeste Weiterentwicklung der Unternehmenssteuerreform und eine familienfreundlichere Ausgestaltung der Erbschaftsteuer umgesetzt. Wir wollen überdies eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung mit dem Ziel, nicht

mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen zu korrigieren..

Wir sind uns bewusst: Gestärkt aus der Krise hervorzugehen, hängt mit der Setzung der richtigen Schwerpunkte zusammen. Unser Leitgedanke ist: In Deutschlands Stärken investieren. Wir brauchen Investitionen in Innovationen und in Bildung. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, sind wir auch in den kommenden Jahrzehnten auf den Ideen- und Erfinderreichtum unseres Landes angewiesen. Made in Germany steht für Wertarbeit und Spitzentechnologie. Dieses Markenzeichen werden wir erhalten.

Autor: Mathias Hübscher